8. Jahrgang. Nr. 29. Hamburg, 19. Juli 1902.

Deutsche Bäcker-Zeitung

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg 23), Marstraße 27.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Erscheint jede Woche Sonnabends. —— Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Die Pflichten und Aufgaben der Gesellen-Ausschüsse.

Vielfach hört man in unseren Kreisen die Aeußerungen, daß die Gesellenausschüsse für uns absolut keinen Zweck haben. Wenn auch die Rechte, welche dieselben durch die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 bekommen haben, noch so minimal sind, so ist es doch die Pflicht der organisirten Arbeiter, diese winzigen „Mitbestimmungsrechte“ sich nicht schmälern zu lassen; sondern man muß bestrebt sein, dieselben voll und ganz auszunutzen und event. zu erweitern. Hierin wird von unserer Seite freilich arg gesündigt. Die Ausschüsse lieben es größtentheils, daß sie wie das Veilchen im Verborgenen blühen und gewöhnlich erst von den Mitgliedschaften aufgefordert werden müssen, aus ihrer Ruhe herauszutreten, um mal etwas von sich hören zu lassen. Nur selten liest man in unserer Presse von irgend welcher Thätigkeit und doch haben dieselben ein großes Arbeitsfeld vor sich, wo es sich wahrlich der Mühe lohnt, dasselbe zu beackern und es kann nicht ausbleiben, daß die Früchte uns zufallen müssen, wenn mit Lust und Liebe und der nöthigen Energie an diese Arbeit herangegangen wird. Ich meine hiermit die Lehrlingsfrage, welche gerade in unserem Berufe eine chronische ist.

Bekanntlich hat der Mainzer Verbandstag sich eingehend mit der Gesellenausschuß-Frage befaßt und die Resolution von Rose gilt für uns als Richtschnur. Ein Jahr ist seit jener Zeit verflossen und ich glaube nicht, daß viele Ausschüsse nach dieser Richtung hin gewirkt haben. Dieses muß aber anders werden; die Ausschüsse müssen aus ihrer Passivität heraustreten, müssen nicht erst warten, bis die Innungen mit Vorschlägen kommen, sondern selbst Vorschläge machen und Abänderungen beantragen, damit endlich mal das Ignoriren von den Innungen aufhört. Es genügt nicht, daß die Ausschüsse nur darum da sind, weil es nun einmal laut Gewerbeordnung vorgesehen ist, sondern sie müssen auch zeigen, daß sie bestehen und gewillt sind, mitzusprechen. Ich verkenne durchaus nicht die Schwierigkeiten, welche unseren Vertretern von Seiten der Innungen gemacht werden, aber dieselben müssen überwunden werden. Es muß in erster Linie darauf bestanden werden, daß, wenn die Innungen Anträge stellen, zu welchen die Zustimmung des Ausschusses erforderlich ist, dieselben nicht erst in den Sitzungen resp. Versammlungen bekannt gemacht werden; sondern es muß den Gesellenvertretern Zeit genug gegeben werden, dieselben vorher genügend zu diskutiren, damit man sich über alle einschlägigen Fragen genau orientiren kann und der Innung nicht das Schauspiel bereitet wird, in den betreffenden Sachen nicht einig zu sein. Nur selten wird es an die Oeffentlichkeit dringen, wenn Sitzungen der Meister stattgefunden haben, zu welcher laut § 95 der Gewerbeordnung ein Mitglied des Gesellenausschusses zugegen sein sollte, und es muß energisch Protest dagegen erhoben werden, wenn, wie in Nr. 19 d. Bl. ausgeführt wurde, z. B. die Innung in Altona sich kurzer Hand über den betreffenden Paragraphen hinwegsetzt und unsere Vertreter vollständig ignorirt. Für uns ist es ein weiterer Beweis, daß die Arbeitgeber auf Gesetze, welche ihnen nicht passen, was pfeifen.

Wie schon oben angeführt, ist die Lehrlingsfrage für uns eine brennende. Mit den Lehrlingsausschüssen, welche nach § 131 der Gewerbeordnung von den Gesellenausschüssen ernannt werden sollen, verhält es sich meistens so, daß dieselben einfach von den Innungen bestimmt werden und die Gesellen sich dann mit dieser Thatsache zufrieden geben. Daß hier von einem geordneten Verhältniß nicht die Rede sein kann, dies nur nebenbei. Gerade in unserem Berufe, bei dem elenden System des Kost- und Logiswesens im Hause des Meisters, haben die Lehrlingsausschüsse doppelt die Pflicht, ihre Funktionen genau zu erfüllen. Es genügt nicht, alljährlich bei den Prüfungen zugegen zu sein und die übrige Zeit im Jahre sich nicht um die Lehrlinge zu bekümmern. Es ist Pflicht der Ausschüsse, die Lehrlinge in ihren Behausungen aufzusuchen und Klagen und Beschwerden entgegen zu nehmen, und dieses nicht nur den Beauftragten der Innung zu überlassen. Gleichfalls muß der Fortbildungsschule mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Was nützt es aber den jungen Leuten, wenn die Innungen physikalische Instrumente anschaffen und so in der Oeffentlichkeit den Glauben erwecken, daß in den separaten Schulen der Bäcker für Alles gesorgt ist, wenn ihnen vor Müdigkeit die Augen zufallen und die Schulstube zur Schlafstube wird! Auf alle Fälle muß hier nach den örtlichen Verhältnissen gehandelt und der Schulbesuch so eingerichtet werden, daß der Körper sich erst von den Strapazen der Arbeit erholt hat, nur dann wird der Lehrling im Stande sein, den Ausführungen des Lehrers zu folgen und der Zweck des Schulbesuches wird erst erfüllt. Die meisten Arbeitgeber werden stets bestrebt sein, sich billige und willige Arbeitskraft anzuschaffen und finden diese natürlich in den Lehrlingen. Was fragt der Meister danach, wo später diese jungen Leute abbleiben und wes aus denselben wird, er bekommt ja leicht wieder Ersatz. Wie ja aus der Broschüre von Dr. F. Schomerus „Das Kleingewerbe“ (die Anschaffung dieses gediegenen Werkes kann ich allen Kollegen nur empfehlen) zu sehen ist, hat die Zahl der Lehrlinge in unserem Berufe in dem Zeitraum von 50 Jahren um 23 335 zugenommen, während die der Unternehmer nur um 13 915. Die Illusion, welche die Meister den jungen Leuten resp. deren Eltern oder Vormündern betr. des späteren „Selbstständigwerden“ vorspiegeln, kann nicht treffender widerlegt werden, wie durch diese Zahlen, ebenso daß die Lehrlingszüchterei nicht abgenommen hat, sondern bedeutend zunimmt. Thatsächlich steht die Vermehrung in unserem Berufe in keinem Verhältniß zu der Bevölkerungszunahme. Während die Bevölkerung seit 1882 nur um 14,5% zugenommen hat, haben die Bäckereien sich um 35,1 % vermehrt. Es sind dieses trockene Zahlen! Das Elend, welches dahinter steckt, kann nur der ermessen, welcher sieht, wie unsere Kollegen Wochen und Monate arbeitslos sind und schließlich durch die Noth gezwungen werden, in anderen Berufen Unterkommen zu suchen, um da event. die Löhne zu drücken. Es muß die vornehmste Pflicht der Gesellenvertreter sein, dafür zu sorgen, daß hier Remedur geschaffen wird. Da die Handwerkskammern befugt sind, die Zahl der Lehrlinge in einem Berufe festzusetzen, ist es nothwendig, sich mit unseren Vertretern in dieser Korporation in Verbindung zu setzen, damit auch in unserem Berufe geordnete Zustände kommen und die große Reservearmee der Arbeitslosen zusammenschmilzt, dann wird auch unsere Organisation im Stande sein, Forderungen und Ansprüche eher durchzudrücken wie bisher.

Wenn etwas Ersprießliches erreicht werden soll, ist es unbedingt nothwendig, daß die Vorstände der Mitgliedschaften mit den Ausschüssen des ganzen Bezirks Hand in Hand arbeiten. Wir können uns in dieser Beziehung getrost den Germaniaverband der Meister zum Muster nehmen. So wie derselbe für seine Gaue Normen aufstellt, so müssen auch die Ausschüsse dasselbe thun. Freilich haben unsere Kollegen die Zeit nicht so zu ihrer Verfügung, wie die Meister. Es kann aber nicht der Wille der Gesetzgeber sein, daß die Verordnungen nur auf dem Papier stehen; es wäre darum unbedingt nothwendig gewesen, zugleich eine Arbeitszeitverkürzung mit zu erlassen. Wenn nun auch durch die Verordnung von 1896 die Arbeitszeit auf zwölf resp. dreizehn Stunden festgelegt ist, so wird kein Mensch behaupten wollen, daß er dann noch im Stande ist, sich mit der Arbeiterschutzgesetzgebung zu befassen, wir sehen aber auch, daß die Verordnung jeder Zeit wieder aufgehoben werden kann. Sind wir aber im Stande, aus eigener Kraft eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erringen, so wird dieselbe von den Arbeitgebern eher respektirt werden, wie alle Verordnungen und Gesetze.

So mancher intelligente Kollege widmet seine ganze freie Zeit irgend einem Gesang- oder ähnlichem Vergnügungsverein, während derselbe für praktisches Mitarbeiten in der Arbeiterbewegung nicht zu haben ist. Soll die Resolution von Allmann, welche auf der Mainzer Generalversammlung angenommen worden ist, ausgeführt werden, so haben die Kollegen alle Ursache, sich mehr wie bisher um ihre Gewerkschaft zu bekümmern und allen übrigen Firlefanz bei Seite zu lassen; dann werden wir auch in der Lage sein, Arbeitszeitverkürzung zu erringen und der Nutzen derselben wird uns Allen zu Gute kommen.

Ph. A.

Zweck und Nutzen der Arbeiterversicherungsgesetze.

Die Versicherungsgesetze für Arbeiter, nothwendig geworden durch die Ausdehnung des Industriekapitalismus, durch die wirthschaftliche Entwickelung und das Bestreben der Unternehmerklasse, die Verantwortlichkeit und Haftpflicht für die in ihren Betrieben gefallenen Opfer der Arbeit von sich abzuwälzen, sind zu dem ausgesprochenen Zweck, die Arbeiter in Lebenslagen, in die sie gegen ihren Willen, verursacht durch Betriebsunfälle, elementare und sonstige in der Natur des Menschen und seiner Arbeitsthätigkeit begründete Ereignisse, hingedrängt werden, Schutz vor der äußersten Noth zu bieten.

Die Krankenversicherung soll die gebrochene Kraft wieder herstellen, damit die durch Krankheit niedergeworfenen Glieder der Menschheit in den Stand gesetzt werden können, wieder als arbeits- und erwerbsfähige Theile des großen ganzen Gesellschaftskörpers ihre Thätigkeit aufzunehmen.

Die Unfallversicherung soll den durch Unglück im Betriebe erlittenen, oft schweren Verlust an der Erwerbsfähigkeit dem Betroffenen oder seine Familie entschädigen und den Hinterbliebenen eines durch einen Betriebsunfall zu Tode Gekommenen durch Gewährung eines Sterbegeldes sowie einer Wittwen- und Waisenrente den Kampf ums tägliche Brod erleichtern helfen.

Die Alters- und Invalidenversicherung soll die durch die Arbeit und nicht zum Mindesten durch die Art der bestehenden gesellschaftlichen und Produktionsverhältnisse altersschwach, matt und arbeitsunfähig gewordenen Arbeitsgenossen vor dem Bettelngehen bewahren, ihnen also für die durch langandauernde Krankheit oder vorgeschrittenes Alter beschränkte Erwerbsthätigkeit und den dadurch entgangenen vorherigen Arbeitsverdienst theilweise Ersatz leisten.

Die Versicherungsgesetze sollen demnach dem Arbeiter gewisse Rechte sichern, auf die er einen gesetzlich begründeten Anspruch hat, den er nöthigenfalls durch Anstrengung einer Klage geltend machen kann. Während man früher den Armenverwaltungen der Gemeinden die Kriegskosten der wahnsinnigen Produktion des profitgierigen Unternehmerthums aufbürdete, zwingen die heute geltenden Gesetze die Betriebsinhaber, einen Theil der Kosten zu tragen, welche nöthig sind, um die im Dienste der Unternehmer auf dem Schlachtfelde der Arbeit gebliebenen Kranken, Invaliden, Verletzten, Siechen, zu Krüppel Gewordenen und Todten resp. deren Hinterbliebenen zu entschädigen, die bitterste Noth von ihnen fernzuhalten.

Dem Arbeiter soll also ein Recht, ein klagbares Recht auf diese Beihülfen in den angeführten Fällen durch die Gesetze gegeben werden.

Die Folge dieser Gesetze ist, daß die Armenlast der Gemeinden etwas verringert wird und daß der in Gestalt der Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu zahlende Theil der Armenlasten von den Schultern der Wohlhabenden in stärkerem Maße als vordem auch auf die Schultern der Aermeren gelegt ist.

Der Nutzen hierbei ist folgender:

Durch den Empfang von gnädigst gewährten Almosen, von Armenunterstützung, verliert man im Deutschen Reiche politische Rechte; durch den Empfang von Unterstützungen und Renten nach den Versicherungsgesetzen jedoch nicht.

Während der Verarmte keinen klagbaren Anspruch auf Armenunterstützung erheben kann, hat der Versicherte das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen auf Gewährung von Kranken- und Sterbegeld, Unfall-, Invaliden- und Altersrente zu klagen.

Die Versicherungen selbst bieten nachfolgende Vortheile:

Nach dem Krankenversicherungsgesetz muß dem arbeitsunfähigen Mitgliede mindestens gewährt werden:

1. Vom Beginn der Krankheit ab bis 13 Wochen nach dem Beginn der Erwerbsunfähigkeit freie ärztliche Behandlung, freie Arznei, Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel;
2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes der betreffenden Klasse der Versicherten, für welche die Kasse errichtet ist (bei Gemeinde-Krankenversicherungen die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter);
3. an Wöchnerinnen, die innerhalb des letzten Jahres mindestens sechs Monate einer Zwangsversicherung angehörten, auf die Dauer von vier Wochen nach ihrer Niederkunft und soweit ihre Beschäftigung nach der Gewerbeordnung für längere Zeit untersagt ist, auch für diese Zeit eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes;
4. an die Hinterbliebenen beim Tode des Mitgliedes ein Sterbegeld in zwanzigfachem Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes.

Durch die Statuten der Kassen können aber diese Leistungen bedeutend höher gesetzt werden.

Die **Alters- und Invalidenversicherung** gewährt

1. Invalidenrente demjenigen, welcher durch Krankheit und andere Gebrechen während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig war, sowie mindestens 200 Wochenbeiträge geleistet hat. In ihrer Höhe richtet sich die Rente neben einem festen Reichszuschuß nach Anzahl und Höhe der geleisteten Beiträge.
2. Altersrente unter der Voraussetzung, daß der sie Beanspruchende das 70. Lebensjahr vollendet hat und mindestens 1200 Beitragswochen hindurch versichert war. Ihre Höhe wird nach Anzahl und Höhe der geleisteten Beiträge neben einem festen Reichszuschuß bestimmt.
3. Fürsorge in Krankheitsfällen, als deren Folge dauernde Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) zu befürchten ist, welche einen Anspruch auf Invalidenrente begründet, gleichzeitig aber durch ein geeignetes Heilverfahren eine Heilung möglich erscheint. Gleichfalls kann Aufnahme in ein Krankenhaus oder eine Anstalt für Genesende gewährt werden. Ein dahingehender Antrag ist an eine bestimmte Beitragsleistung nicht gebunden. Während der ganzen Dauer des Heilverfahrens ist an die Angehörigen Familienunterstützung zu zahlen.

Die **Unfallversicherung** bietet:

I. Für den Fall der Körperverletzung:

1. Vom Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls ab bis zum Ablauf der 13. Woche den sogenannten Unfallszuschuß. Derselbe wird vom Arbeitgeber gezahlt und zwar dann, wenn das Krankengeld nicht ⅔ des ortsüblichen Tagelohns beträgt. Die Differenz zwischen der Höhe des Krankengeldes und den zwei Dritteln des ortsüblichen Tagelohnes ist der zu zahlende Zuschuß.
2. Durch die Berufsgenossenschaften:
   Vom Beginn der 14. Woche an freie ärztliche Behandlung, freie Arzenei und sonstige Heilmittel, sowie die zur Sicherung des Heilverfahrens und Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hülfsmittel.
3. Vom Beginn der 14. Woche ab die Unfallrente, welche sich in ihrer Höhe nach dem Grade der durch den Unfall herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit richtet. Die höchste Rente (100% erwerbsunfähig) beträgt zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes. Ist jedoch der Verletzte durch den Unfall derart hülflos geworden, daß er auf fremde Wartung und Pflege angewiesen ist, so muß ihm die Rente bis zum vollen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes erhöht werden.

II. Für den Fall der Tödtung:

1. Ein Sterbegeld, welches den 15. Theil des Jahresarbeitsverdienstes, jedoch mindestens 50 ℳ beträgt,
2. Eine Rente an die Wittwe, den Wittwer, die ehelichen Kinder des Arbeiters, die ehelichen und unehelichen Kinder der Arbeiterin, sowie an Verwandte in aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern und elternlose Enkel) und zwar für
   die Wittwe bis zur Wiederverheirathung . . . 20%,
   den Wittwer, wenn er erwerbsunfähig und deshalb der Lebensunterhalt von der Frau bestritten wurde 20%,
   die Kinder bis zum zurückgelegten 15. Jahr je 20%,
   Eltern, Großeltern, wenn ihr Lebensunterhalt überwiegend durch den Verstorbenen bestritten wurde, insgesammt 20%,
   Elternlose Enkel unter den gleichen Voraussetzungen bis zum 15. Lebensjahr 20%

des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen.

Die Renten dürfen insgesammt 60 pZt. des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen, widrigenfalls sie gekürzt werden. Verwandte in aufsteigender Linie haben erst dann Anspruch auf Rente, wenn die Wittwen und Kinder nicht 60 pZt. in Anspruch nehmen, Enkel nur dann, wenn Ehegatten, Kinder und Verwandte in aufsteigender Linie zusammen keine 60 pZt. beziehen.

Heirathet die Wittwe, so wird als Abfindungsrente 60 pZt. des Jahresverdienstes gewährt.

Es springt also ein nicht zu unterschätzender Nutzen für den Arbeiter heraus; vorausgesetzt, daß er seine ihm zustehenden Rechte in energischer Weise anzuwenden, auszunützen und zu vertheidigen in der Lage ist. Dazu ist es nothwendig, daß er der Versicherungsgesetzgebung die genügende Aufmerksamkeit entgegenbringt. Welch große Interessen dabei auf dem Spiele stehen, dürften die nachfolgenden Zahlen veranschaulichen. Im Jahre 1897 sind in der gesammten Arbeiterversicherung 3 872 000 Entschädigungsfälle vorgekommen. Davon entfallen auf die Krankenversicherung 3 220 000, die Unfallversicherung 436 000 und die Invalidenversicherung 252 000 Fälle. Hierzu wurden nicht weniger als 155 850 000 Mark aufgebracht, und zwar von den Unternehmern nur 45 500 000 ℳ, während die Arbeiter selbst 110 Millionen aufbringen mußten. Von 1885—97, also für die ganze Zeit der Versicherung, sind aufgebracht im Ganzen 1 415 481 000 Mark, wovon durch die Unternehmer 401 142 000 ℳ, durch die Arbeiter aber 1 Milliarde und 14 Millionen.

In der Arbeiterschaft hat sich nun glücklicherweise die Ansicht Bahn gebrochen, daß es an der Zeit ist, Hand anzulegen und alle ihre Verhältnisse ohne Ausnahme selbst zu regeln. So auch hier, wo es sich um das höchste und einzige Gut des arbeitenden Volkes, seine Schaffenskraft, handelt. Denn durch sie wird die Alles durchdringende, Werthe schaffende und erhaltende Arbeit erst möglich. Diese Kraft muß deshalb behütet und bewahrt werden.

Die Gewerkschaften sind dadurch, daß sie ihre kulturellen Aufgaben zu lösen bestrebt sind, diejenigen, welche in Herstellung und Erhaltung eines widerstandsfähigen Geschlechtes in gemeinschaftlicher Arbeit kämpfen und ringen und somit auch verpflichtet, alle dafür gebotenen Mittel anzuwenden. Der Nutzen der Arbeiterversicherung, die durch dieselben gewährleisteten Vortheile und Rechte werden also erst dann den wohlhabenden Arbeitsgenossen und Genossinnen in vollem Umfange ungekürzt zugewendet und erhalten bleiben können, wenn die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter sich ernst am Werk der Arbeiterversicherung betheiligen, da gerade sie diejenigen sind, welche in die Lebensverhältnisse der Arbeiter den besten Einblick haben und man bei ihnen das Verständniß für die Absichten der Arbeiterversicherung und die Befähigung, den Zwecken der Arbeiterversicherung nachhaltig zu dienen, voraussetzen kann.

Der rein ethische Zweck der Arbeiterversicherung ist aber nach und nach von spekulativen Köpfen für gewisse Einrichtungen und Institute zu einem rein geschäftlichen umgewandelt worden, wodurch natürlich der Nutzen, der dem Versicherten aus der Versicherung unzweifelhaft zufließt resp. zufließen soll, eine ganz erhebliche Einschränkung zu Ungunsten des Arbeiters erfährt. Er wird durch diese Taktik auf den Prozeßweg angewiesen, wenn er nicht auf sein Recht verzichten will und somit in eine gewisse Zwangslage versetzt.

Viele der Anspruchsberechtigten werden den Prozeßweg nicht zu beschreiten wagen, weil ihnen die nöthige Kenntniß der einschlägigen Gesetzesbestimmungen und deren Auslegung fehlt und ihre Mittellosigkeit ihnen verbietet, sich einen Rechtsbeistand zu nehmen.

Der Nutzen und die Vortheile, die dem Versicherten von Rechts wegen zustehen, werden ihm also durch die Praktiken interessirter Kreise zum weitaus größten Theil wieder zu entreißen versucht.

Um nun den Nutzen, den die Arbeiterversicherung den Versicherten bietet, diesen bei Geltendmachung von Ansprüchen auch wirklich voll und ganz zu sichern, ist es nothwendig, daß ihnen sachkundige Hülfe aus Kreisen ihrer Gesinnungsgenossen, sowie event. Vertretung bei den zuständigen Körperschaften der betr. Versicherung zu theil wird.

Von diesen Gründen ausgehend und weil die Körperschaften, welche bisher in solchen Fällen dem Arbeiter mit Rath und That zur Seite standen, die Gewerkschafts- und Hülfskrankenkassenvorstände, Redakteure der Parteiblätter u. A., zu sehr mit anders gearteten Aufgaben belastet und sogar überhäuft sind, haben sich in verschiedenen Städten die Gewerkschaften dazu emporgerafft, aus ihren Mitteln Arbeiter-Sekretariate zu errichten und zu erhalten, welche die Aufgabe haben, die Interessen der versicherten Arbeiter wirksam zu vertreten.

Agitationsbericht.

Um mir die Reise zum Gewerkschaftskongreß und Verbandstag in Wien „angenehmer" zu machen, hatte der Verbandsvorstand beschlossen, daß ich eine Reihe Versammlungen abzuhalten hatte und einige Differenzen in Zahlstellen erledigen sollte.

Am 1. Juni waren denn in **Wilhelmshaven** eine stattliche Anzahl Kollegen versammelt. Nach langer Zeit hatten die Brüderschaftskollegen wieder einmal den Muth gefunden, gleich von ihrer Versammlung geschlossen zur öffentlichen Versammlung zu kommen und hörten meinen Vortrag ruhig an. Konnte ich auf den Gesichtern dieser Kollegen nicht allzu viel Verständniß für meine — nun, ich glaube, auch für ein aufgewecktes Schulkind verdaulichen — Ausführungen lesen, so dachte ich doch, diese Kollegen, oder wenigstens ihr Führer — den man allerdings an diesem Tage „geburt" hatte — würde am Schlusse meiner Ausführungen eine Philippika gegen dieselben vom Stapel lassen. Aber nichts von alledem geschah, alles verhielt sich mäuschenstill und auch der Appell einiger anderer Verbandsmitglieder an diese Kollegen fruchtete nichts. Im persönlichen Gespräch erklärten mir einige Kollegen zwar ihr Einverständniß mit dem Gehörten, aber einer scheute sich vor dem andern, sich aufnehmen zu lassen. So lange diese Leute mehr auf die Spiegelfechtereien ihrer Meister geben und unseren Verbandsmitgliedern schen ausweichen, werden sie noch öfters erleben, daß sie, wie schon geschehen, vom Obermeister öffentlich verhöhnt werden und sich ihre Lage noch mehr verschlechtert. Haben auch unsere Mitglieder dort eine recht undankbare Aufgabe, so dürfen sie doch die Pflicht nicht versäumen, stets mit diesen jungen Bädermeisterskandidaten — wozu die Mehrzahl aber keinerlei Aussichten hat, dies aber erst einsieht, wenn es zu spät ist — in Fühlung zu bleiben.

Montag den 2. Juni probirte ich meine mit neuen Sohlen versehenen Stiefel in den Straßen **Bremens**, um unseren Gauvorsitzenden und den Vorstand der Mitgliedschaft zu suchen. Leider fand ich diesen nicht, weder in einem Verkehrslokal, noch sonst irgendwo hatte man eine Ahnung davon, wo dieser stecken könnte. Sein Vorgänger war krank geworden und abgereist, ohne es für nöthig zu befinden, sich ordnungsgemäß beim Verbandsvorstand abzumelden und genaue Auskunft über das Material zu geben, und sein Nachfolger wollte das Abmelden sparen, deshalb meldete er sich gar nicht erst an! — Das sind „Vertrauensleute", wie man sie sich nicht besser wünschen kann! Mein Suchen blieb also vergebens, jedoch ist die Adresse jetzt durch andere Mitglieder dem Vorstand verrathen worden.

Wenn die Kollegen in **Hannover** jetzt stets in so großer Zahl zusammenkommen, wie am 3. Juni, dann wird es Zeit, daß sie sich nach einem größeren Saal umsehen! Denen geht es zu wohl, die Organisation ist für die Meisten ein übertoundener Standpunkt; sie finden es zweckmäßiger, im Kegelklub, geleitet vom Kollegen B. — seligen Berliner Angedenkens — gut Holz zu schieben. Unsere Mitglieder haben dort noch eine Riesenaufgabe zu lösen, um die Gleichgültigkeit der Masse der Kollegen zu verscheuchen.

Dagegen waren in **Dortmund** die Kollegen am 4. Juni aus dem Industriebezirk von nah und fern herbeigeeilt, und nahm diese Versammlung einen guten Verlauf, den allerdings trotz des schwachen Besuchs die in Hannover auch genommen hatte. Ueberflüssig scheint mir allerdings, daß sich hier in Dortmund ein Kollege nicht versagen konnte, künstlich einen Gegensatz zwischen den jüngeren und älteren Kollegen zu konstruiren. Hätten wir erst den Uebelstand dort beseitigt, daß wegen Maßregelungen der Meister und der schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen in der Stadt Dortmund unsere Vorstandsmitglieder weit herzweigt in der Umgegend arbeiten müssen, dann wäre wohl auf ein etwas rascheres Wachsthum unserer Organisation in diesem Bezirke zu rechnen, was so sehr nothwendig ist.

Die Versammlung am 5. Juni in **Essen** war ein Spiegelbild der Bummelei, mit welcher in letzter Zeit von dem bisherigen Vorstand die Geschäfte der Mitgliedschaft verwaltet wurden. Sie war verhältnißmäßig zur Zahl der in diesem Bezirk beschäftigten Kollegen schlecht besucht. Da jetzt aber thatkräftige Personen für den Vorstand gefunden sind, pulsirt seit dieser Zeit auch in unserer dortigen Zahlstelle frisches Leben und zu wünschen ist nur, daß die Vorstandsmitglieder weiter eifrig ihre Pflicht thun, dann hat die Organisation dort auch versprechende Zukunft.

Am Freitag, 6. Juni, hatten sich in **Duisburg** nur unsere Mitglieder zur Versammlung gewagt. Der ungünstige Tag und schlechtes Wetter hatte die anderen Kollegen von der Versammlung ferngehalten. Man konnte deshalb nur eine Besprechung und Revision von Büchern und Kassenführung abhalten. Unter unseren dortigen Mitgliedern ist auch nicht einer, der in dieser Gegend einheimisch ist, alle sind aus anderen Gegenden zugereist.

Nicht besonders besucht war am Sonnabend, 7. Juni, die Versammlung in **Elberfeld**, da sich aber bis auf einen die anwesenden Kollegen alle in den Verband aufnehmen ließen, konnte man mit dem Erfolg zufrieden sein. Der Gehülfenverein hatte an diesem Tage in Barmen Vergnügen, und dieses war vielen Kollegen wichtiger als die Versammlung. Daß die Kollegen bei solcher Lauheit die dort so leicht einzuführende vollständige Sonntagsruhe noch nicht einführen werden, ist klar, dazu bedarf es einer stärkeren Organisation und festen Willen.

Am Sonntag Morgen waren die **Düsseldorfer** Kollegen außerordentlich stark versammelt trotz strömenden Regens. In das Bureau wurden Kollegen der christlichen Bäckervereinigung mit hineingewählt, deren Vertreter sich auch in sachlicher Weise an der Debatte betheiligten und die Kollegen aufforderten, sich zu organisiren, ganz gleich, in welchem der beiden Vereine, denn bei eventueller Lohnbewegung müßten beide Vereine doch zusammengehen. Es ließen sich denn auch eine ganze Anzahl Kollegen in unseren Verband aufnehmen. Sodann wurde die geringe Entlohnung, lange Arbeitszeit und mangelhafte Einrichtung in der von der Innung errichteten und benannten „Musterbäckerei" in der Gewerbe- und Industrie-Ausstellung scharf getadelt. Die anwesenden Vertreter der Innung suchten diese Kritik abzuschwächen, was ihnen aber nicht gelang. Diese Debatte veranlaßte mich, den „Musterbetrieb" auch mal gründlich zu besichtigen, und muß ich gestehen, daß derselbe alles Andere, nur kein Musterbetrieb ist. Er befindet sich im Pavillon der Handwerkerkammer und erhält die Bäckerei das Licht von diesem, indem Fenster und Thüren da hineingehen; Straßenlicht von außen hat er nicht. Die Räume sind außerordentlich klein und beschränkt, und befindet sich darin ein Königswinterer-Ofen, wie sie im Rheinland allgemein gebräuchlich sind, ein Kanalofen mit drei feststehenden Herden und ein Wasserheizungsofen mit zwei Herden, dessen Herde man verkleinern mußte, damit man überhaupt Platz hat, sie herauszuziehen. Ventilationseinrichtungen, Spucknäpfe und Pissoir für die acht beschäftigten Personen suchte ich vergebens; das sind doch Sachen, die in einem Musterbetrieb nicht fehlen sollten! Das Kloset befand sich direkt neben dem Backofen, nur durch eine Thür vom Backraum getrennt. Ein kleiner Ankleideraum, in dem neben dem Kleiderschrank auch der Kühlschrank Aufstellung gefunden und der außerdem als Lagerraum für Vorräthe diente, ließ in Bezug auf Reinlichkeit alles zu wünschen übrig; dasselbe traf auf die ganzen Räume und Geräthe zu. Wie mir weiter berichtet wurde, waren die vorhandenen sehr primitiven Waschgefäße erst am 29. Mai beschafft worden. Worin mögen sich bis dahin die Gehülfen gewaschen haben? Man sieht hieraus schon, daß die Düsseldorfer Bäckerinnung keine Ursache hat, diesem Betriebe den Namen „Musterbetrieb" beizulegen. Etwas bescheideneres Auftreten wäre da schon am Platze.

Am Dienstag den 10. Juni war in **Köln** durch das Gewerkschaftskartell Versammlung einberufen, die schlecht besucht war. Schon vor der Versammlung kam ein Mitglied und bestätigte in Gegenwart des Kartellvorsitzenden die Ausführungen des Mitgliedes Gg. Schulz in Nr. 22 d. Bl. über den Kollegen Juch. Nach dem Vortrage, der seitens der Kollegen Zustimmung fand, meldete sich Juch zum Wort, und in seinen bekannten weitschweifigen Ausführungen wendete er sich gegen die Arbeitslosenunterstützung und trat für fakultative Unterstützung ein, was zur Folge hatte, daß von den Erschienenen noch einige das Lokal verließen. Die Kollegen — wenigstens die Mehrzahl davon — verstanden natürlich den Unterschied zwischen obligatorischer und fakultativer Unterstützung nicht, und man mußte sich unbedingt die Frage vorlegen: Was wollte Juch mit dieser vollständig deplazirten Auseinandersetzung bezwecken? Wenn man nicht der Meinung ist, daß es seine Absicht war, die Kollegen aus der Versammlung hinauszureden, dann war es wenigstens ein grober taktischer Fehler, denn Juch wußte, daß er damit nichts an den bestehenden Einrichtungen in Bezug auf die Unterstützung im Verbande ändern konnte, daß aber dadurch nur der Werth dieser Agitationsversammlung herabgemindert wurde. Auf solche überflüssige Diskussion ließ ich mich natürlich nicht ein, da ich keine Lust hatte, leeres Stroh zu dreschen. Daß sich trotzdem am Schlusse der Versammlung einige ältere Kollegen in den Verband aufnehmen ließen, beweist, daß auch in Köln unter den Kollegen Mitglieder und eine Zahlstelle zu erhalten sind, und wird der Gauvorstand auch das Weitere veranlassen.

Am 11. Juni fand in **Mainz** eine über Erwarten gut besuchte Versammlung statt, die sehr anregend verlief und durch die eifrige Agitation des Kassirers und einiger junger Mitglieder eine große Anzahl neuer Verbandsmitglieder brachte. Nach der Versammlung hatten wir uns in einer recht langen und ärgerlichen Sitzung mit mehreren Streitfragen zwischen einer Anzahl älterer Mitglieder zu beschäftigen. Diese Sitzung zeigte so recht, wie wenig es leider noch so viele Mitglieder verstehen, sachlich zu diskutiren und persönliche Hetzereien aus den Versammlungen fernzuhalten. Hoffentlich wird die hier gepflogene Aussprache die so nothwendige Ruhe und gemeinsames Zusammenarbeiten herbeiführen.

In **Mannheim** laboriren wir schon immer daran, daß fast jedes Quartal mindestens einmal die Vorstandsmitglieder durch Abreise wechseln. Daß unter diesen Umständen von einer geordneten Verwaltung nicht die Rede sein kann, versteht sich am Rande. Dem mußte abgeholfen werden und so beauftragte ich in der Versammlung einen onsässigen und zuverlässigen Genossen mit der Führung der Kassengeschäfte. Wie sich wieder in der Versammlung zeigte, reisen dort jede Woche infolge des großen Stellenwechsels eine Anzahl junger Mitglieder von auswärts zu, die, wenn sie keine Stelle finden, wo sie ihre Beiträge entrichten und die Zeitung erhalten können, bald dem Verbande als Mitglieder verloren gehen. Es war dieserhalb solche Maßregel nothwendig, und zeigt sich jetzt schon, daß dadurch dem Uebelstand abgeholfen ist.

In **Pirmasens** waren am 13. Juni in der Versammlung auch wieder einmal die Kollegen des nach dem Streik errichteten Gehülfenvereins erschienen. Gelingt es auch ferner, mit diesen in Fühlung zu bleiben, so wird unsre Zahlstelle dort, die unter den Maßregelungen der Innungsprotzen nach dem Streik so viel zu leiden gehabt hat, auch wieder Fortschritte machen.

Am 15. Juni waren die Kollegen aus dem **Saarrevier** in stattlicher Anzahl versammelt. Die Versammlung verlief sehr gut und brachte neben einer Anzahl neuer Mitglieder dem neuerwählten Kassirer auch 60 ℳ an Wochenbeiträgen. Der langjährige Kassirer Scherf hatte — aus welchem Grunde, ist mir unverständlich — plötzlich erklärt, nie mehr in die Versammlungen zu kommen, gab aber auch das in seinen Händen befindliche Material nicht heraus. Erst nach energischer Aufforderung durch mich konnte er sich dazu verstehen. Komisch, wie solches Mitglied nur dazu kommt, sich auf so ein garnicht vorhandenes eingebildetes Recht zu versteifen und durch seinen Trotzkopf die Mitgliedschaft schädigt.

Erwähnenswerth wäre noch, daß ich auf der Rückreise von Wien in **München** am 25. Juni eine Sitzung mit Ausschuß, Gauvorstand und Vorstand der Mitgliedschaft abhielt, um differirende Ansichten über das in jetziger Zeit absolut nothwendige vorsichtige Verhalten des Verbandsvorstandes betreffs Lohnbewegungen zu besprechen und auszugleichen. Nachdem diese Punkte erledigt, hatten sich, trotzdem keine Versammlung anberaumt war, die Mitglieder in großer Zahl eingefunden, denen ich Bericht vom Verbandstage in Wien erstattete und die Grüße der Wiener Kollegen übermittelte.

Am 26. Juni war in **Regensburg** Versammlung. Mein Verweilen in dieser Mitgliedschaft hatten die Berichte

über den Streik und die angebliche Mißstimmung gegen den Verbandsvorstand, der diesen Streik, den er nicht genehmigt, vielmehr wiederholt und energisch vor der Lohnbewegung wie vor einem Streik gewarnt hatte und nun auch zur Verhütung von wilden Streiks in anderen Städten und zur Aufrechthaltung der so nothwendigen Disziplin im Verbande von seinen Beschlüssen nicht abwich und auch keine Unterstützung bewilligen durfte, verursacht.

Ich war bitter enttäuscht, indem ich keine Mißstimmung gegen das Verhalten des Verbandsvorstandes antraf, sondern bald gewahr werden mußte, daß die einzelnen Redner jetzt das Streikreglement sehr genau kannten und ausführten, daß der Vorstand gar nicht anders handeln konnte. Hätten nur diese Kollegen zur rechten Zeit ihre warnende Stimme erhoben, das wäre besser gewesen!

Nun, der Streik ist ja durch die Einigkeit und Energie der Kollegen erfolgreich und schnell verlaufen, und hoffentlich stehen die Mitglieder dort auch ferner geschlossen zur Organisation, um das Errungene festzuhalten!

Aber man merke sich das für die Zukunft voraus: Nicht mit dem Feuer spielen, wenn der Vorstand seine warnende Stimme erhebt, der zur rechten Zeit Aufforderungen zu Lohnbewegungen ergehen läßt, aber wenn es nothwendig, auch davor warnen muß und sie nicht gutheißen kann im Interesse der Allgemeinheit.

O. Allmann.

Aus unserem Berufe.

Offiziell wird in Nr. 26 der „Allg. B.- u. C.-Ztg." von der Stuttgarter Bäckergenossenschaft zugestanden, daß die unterm 27. August v. J. beschlossenen Vereinbarungen zwischen Meistern und Gehülfen nicht eingehalten werden. Den organisirten Kollegen ist dies längst bekannt und sie wollten mit den hier bestehenden Gehülfenvereinen gemeinsam vorgehen. Es sollte aber anders kommen und ohne den „sozialdemokratischen Fachverein" — die guten Leutchen wissen noch nicht, daß seit 1897 der Fachverein nicht mehr besteht, sondern eine Mitgliedschaft des Deutschen Bäckerverbandes — machten die „Herren" Vorstände der leutseligen Vergnügungsvereine eine Eingabe an die Stuttgarter Meistervereinigungen. Der Ausschuß der Genossenschaft hat sofort Erhebungen gepflogen und fühlte sich verpflichtet, folgendes von sich zu geben:

„Aufforderung.

Unterm 16. Mai ds. Js. richteten die Herren Vorstände der drei hiesigen nicht auf sozialdemokratischem Standpunkt stehenden Bäckergehülfen-Vereinigungen an den Ausschuß unserer Genossenschaft ein Schreiben, wonach bei einem Theil hiesiger Meister die am 27. August v. Js. beschlossenen Abmachungen zwischen Meistern und Gehülfen nicht eingehalten werden.

Der Ausschuß der Genossenschaft hat nach Eintreffen dieses Schreibens durch mehrere Wochen hindurch Erhebungen veranstaltet und diese haben ihn überzeugt, daß die Klagen obiger drei Gehülfenvereine leider zum Theil berechtigt sind. Wir bedauern dies sehr und sehen uns veranlaßt, die Herren Kollegen, soweit sie Mitglieder der Genossenschaft sind, dringend aufzufordern, sofort Wandel zu schaffen und ihren Gehülfen denjenigen Lohn usw. zu Theil werden zu lassen, wie solcher voriges Jahr vereinbart wurde.

Der Ausschuß der Genossenschaft ist der Ansicht, daß einmal eingegangene Vereinbarungen auch ehrlich und aufrichtig eingehalten werden sollten. Geschieht dies, dann werden wir stets auch den größeren, besonneneren Theil unserer Gehülfenschaft auf unserer Seite finden.

Während wir einerseits es nicht für richtig finden und es verurtheilen müssen, wenn Meister den vorigjährigen Vereinbarungen gegenüber thatsächlich leistungsfähigen Gehülfen sich zu entziehen suchen, so sind andererseits diejenigen Gehülfen, welche ihre Posten richtig ausfüllen und trotzdem unter dem vereinbarten Lohne arbeiten, ebenfalls für diesen Zustand mitverantwortlich, denn sie müßten sich weigern, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, als ihnen laut Vereinbarung zukam.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß man in Hinkunft sowohl von Seiten der Meister wie der Gehülfen ernsthaft bestrebt sein wird, die voriges Jahr getroffenen Vereinbarungen, die wir nachstehend wiederum zur allgemeinen Kenntniß bringen, loyal einzuhalten zum Segen unseres Gewerbes, und damit in demselben der Friede zwischen Meistern und Gehülfen, den beide Theile so nöthig haben, erhalten bleibe.

Stuttgart, 20. Juni 1902.

Der Ausschuß der Freien Bäckergenossenschaft Stuttgart E. V.
J. A.: Ernst Lehrenkrauß, Vorsitzender;
Hermann Berrer, Schriftführer."

Hoffentlich wird auch Kälberer seine Truppen mobil machen und ebenfalls Erhebungen veranstalten. Vielleicht kann es vorkommen, daß seine Getreuen eher ihr damals gegebenes Versprechen halten (? D. Red.) und er nicht gezwungen wird, auf eben angeführte Art zu moniren.

Voll und ganz sind wir mit dem in dem Aufrufe Angeführten einverstanden, „daß auch diejenigen Gehülfen, welche ihren Posten richtig ausfüllen und trotzdem unter dem vereinbarten Lohne arbeiten, ebenfalls für diesen Zustand mitverantwortlich sind, denn sie mußten sich weigern, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, als ihnen laut Vereinbarung zukam". Nun schätzen auch die Meisterführer ihre zufriedenen Gehülfen so ein, wie es diesen gebührt; wären diese in ihrer Berufsorganisation, so würden sie niemals von ihren Arbeitgebern einen derartigen Vorwurf erhalten, nur deshalb, weil den Gehülfen der nöthige Rückhalt im Falle einer dadurch eintretenden Arbeitslosigkeit nicht theilhaftig ist, tritt diese selbst den Meistern nicht genehme Zufriedenheit zu Tage. Wir freuen uns keineswegs, daß die unsererseits gemachten Erhebungen sogar von denen einer Meistervereinigung übertroffen worden, sondern das gereicht uns, im Gegensatz zu den unschönen Angriffen des Herrn Kälberer, zur Genugthuung, daß hier noch Meister sind, welche sich bemühen, die Vereinbarungen durchzuführen. Darin erblicken wir einen Schritt vorwärts.

Bei der Verwaltung des Konsumvereins Meuselwitz reichten am 28. Juni unsere dort beschäftigten Kollegen folgende Forderungen ein: 1. Abschaffung der 7. Tagschicht; 2. Bei Antritt der Arbeit Lohn pro Arbeitsschicht 3.25 ℳ, nach sechsmonatlicher Thätigkeit 3.50 Mark, nach weiteren 6 Monaten 3.75 ℳ und für Ofenarbeiter 4 ℳ pro Schicht. Am 8. Juli fand eine gemeinschaftliche Sitzung der Verwaltung und Betriebsarbeiter statt, in welcher diese Forderungen glatt bewilligt wurden und sofort zur Einführung gelangten.

Blüthen der Lehrlingszüchterei. In Lauban wurden im zweiten Quartal d. J. 3 Ausgelernte zum Gehülfen gesprochen, dagegen 23 neue Lehrlinge aufgenommen. Wer da nicht an die kolossale Vermehrung der Lehrlingszahl im letzten Jahre glaubt, dem ist nicht zu helfen. —

Bei der am 12 Juni von der Bäckerinnung **Charlottenburg** abgehaltenen Generalversammlung wurde streng das Vorkommen gerügt, daß Nachmittags 3 Uhr noch Bäckerlehrlinge auf der Straße mit Austragen von Backwaaren angetroffen würden. Die Angelegenheit wurde dahin geregelt, daß der Innungsvorstand beauftragt wurde, die Sache im Auge zu behalten. Gegen die betreffenden Meister, die ihre Lehrlinge in der angegebenen Weise beschäftigen, wird dann bei den zuständigen Behörden Anzeige erstattet werden. Außerdem soll untersucht werden, ob die betreffenden Lehrlinge regelmäßig die Fortbildungsschule besuchen resp. dazu angehalten werden.

Ein Konfusionsrath erster Güte scheint in der Redaktion des „Brotfabrikanten" zu sitzen! Unser Gauvorstand Stuttgart gab kürzlich ein Flugblatt heraus, in welchem auf Grund der durch Statistik gewonnenen Zahlen die Uebersetzung unseres Gewerbes mit Meistern und in noch schlimmerem Maße mit Gehülfen angeführt und an diese feststehende Thatsache die Mahnung an die Gehülfen gerichtet wurde, sich zu organisiren, denn die Aussichten für das Meisterwerden sind sehr im Schwinden begriffen. Daran knüpft der Konfusionsrath folgende lächerliche Bemerkung: „Man sieht auch hieraus wieder, was alles herhalten muß, um einem Berliner Agitator sichere Gewähr dafür zu leisten, daß er in seinen Versammlungen nur ja auch Publikum findet. Im Uebrigen haben derartige Treibereien gegen die Brodfabriken nichts zu bedeuten, sie sind lediglich Schläge ins Wasser." — Der gute Mann sieht jedenfalls Gespenster! Wenn er einigermaßen die Bestrebungen unserer Organisation kennen würde, müßte er wissen, daß wir nicht so albern sind, gegen die Konzentration der Zwergbetriebe zu Großbetrieben anzukämpfen, denn schon hundertemal haben wir betont, daß dies der Gang der kapitalistischen Entwickelung ist, der sich nicht aufhalten läßt, und daß wir übrigens gar keine Ursache haben, den verschwindenden Zwergbetrieben auch nur eine Thräne nachzuweinen, wissen wir doch, daß mit ihnen eine Unzahl sanitärer Uebelstände verschwinden! — Wenn aber der Mann von einem Berliner Agitator in Stuttgart redet, so ist das ebensolcher Unsinn, als sein übriges Gefasel, denn dort hat bei den Kollegen kein Berliner Agitator gesprochen!

Lohnbewegung der Berliner Frühstücksausträgerinnen. Den Berliner Bäckermeistern steht eine erhöhte Ausgabe für Geschäftsunkosten bevor. Die Frühstücksfrauen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Offenbar nutzen sie die durch eine Polizeiverordnung eingeschränkte Kinderarbeit zu erhöhten Lohnforderungen aus. Eine Versammlung der Frühstücksfrauen hat bereits stattgefunden. Die Wortführerinnen verlangten blos eine 30prozentige Lohnerhöhung, die zum 1. August an die Meisterschaft zu stellen ist. Die vereinigten Bäckermeister Berlin NW haben sich in ihrer Generalversammlung vom 18. ds. Mts. mit der Lohnbewegung beschäftigt und erörtert, daß die steigenden Lohnforderungen die Bäckermeister doch zwingen würden, von der Kundschaft Bezahlung für das Zustellen des Frühstücks zu verlangen. — Wir wünschen diesen so schlecht bezahlten Frauen besten Erfolg ihrer Bestrebungen! Hoffentlich macht die Mitgliedschaft unseres Verbandes in Berlin weiter solche Fortschritte als bisher, damit auch unsere Kollegen mit den wortbrüchigen Meistern bald abrechnen können!

Der geschäftsführende Vorstand sächsischer Bäckerinnungen (Saxonia) hat eine Petition an den Reichstag und das sächsische Ministerium des Innern eingereicht, die Vergünstigung in den Grenzbezirken, kleinere Mengen Brod und Mehl zollfrei einzuführen, aufzuheben, weil dadurch die dortigen Bäckermeister schwer geschädigt würden. Nach den vorliegenden Berichten der betreffenden Zollämter sind im Jahre 1901 zollfrei eingeführt worden in den Bezirken der Hauptzollämter:

Annaberg	112 827	kg Brod und Mehl
Bautzen	22 325	„ „ „ „
Eibenstock	214 261	„ „ „ „
Freiberg	86 242	„ „ „ „
Pirna	34 771	„ „ „ „
Schandau	89 946	„ „ „ „
Zittau	540 411	„ „ „ „
i. Summa	1 100 783	kg Brod und Mehl
	= 11 007	Doppel-Zentner.

Die Herren des Saxonia-Verbandes sollten konsequent sein und mit den Vertretern der Arbeiterpartei Zollfreiheit für sämmtliches Brodgetreide fordern, dadurch würde am sichersten die massenhafte Einführung kleiner Mengen Brod und Mehl in den Grenzbezirken beseitigt werden, weil dann auf deutschem Boden das Brod nicht theurer als in den Nachbarländern sein könnte.

Nach den Berichten der Innungsblätter beabsichtigen die Berliner Bäckermeisterbezirksvereine „Südwest" und „Friedrichstadt" das Rad der kapitalistischen Entwickelung zurückzudrehen, indem sie die Brodfabriken vernichten wollen. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung machte der Bäckermeister F. Gaebe den Vorschlag, „daß in den Bezirken, in denen die Bäckermeister besonders von der Konkurrenz der „Großbrodfabriken" bedroht seien, sich die Bedrohten zusammenthun und gemeinschaftlich je einer einen bestimmten Zeitraum ihr Brod backen solle. Das sogenannte Konkurrenzbrod soll quantitativ und qualitativ größer und besser sein als das der Großbrodbäcker. Die Bäckermeister firmiren: „Brodbäckerei vereinigter Bäckermeister", machen ebenso Reklame wie die Konkurrenz und lassen nicht eher nach, bis die Fabriken aus dem Felde geschlagen sind."

Es entspann sich über dieses Thema eine überaus rege Debatte. Konstatirt wurde, daß Bäckereien, die früher noch pro Tag Umsatz für 3—4 Schuß Brod hatten, bis auf 25 Brode zurückgegangen seien. Die Filialen der Großbrodbäcker machten die besten Geschäfte mit Brod.

Einige Meister versprachen sich von einer derartigen Bekämpfung sehr wenig, es würden die Interessengegensätze bald aufeinander platzen, dann würden die „Vereinigten Bäcker" den anderen Kollegen dieselbe Konkurrenz wie die Großbrodfabriken bereiten usw. Vorgeschlagen wurde, wenigstens einen Versuch zu unternehmen und mit gemeinsamem Mehleinkauf das Projekt durchzuführen. Es wurde eine aus der Mitte der Versammlung gewählte neungliedrige Kommission eingesetzt, die das Projekt bis zur Durchführung zu bearbeiten und ein Statut über die Betriebsart aufzustellen hat.

Dieser Plan wird sicherlich bei der Uneinigkeit der Bäckermeister in solchen Fragen auslaufen wie das Hornberger Schießen! Trotzdem steht aber das eine fest, daß dieser Weg, der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bäckermeister zur Errichtung von Brodfabriken, die einzige Rettung dieser Leute vor der erdrückenden Konkurrenz wäre!

Ein außerordentlich „liebenswürdiger" Arbeitgeber kann der Herr Fr. Seltmann, Inhaber einer Brodfabrik und Hauptlieferant der Konsumvereine in **Chemnitz**, seinen Arbeitern gegenüber sein. Zur Illustration unseres früheren Artikels über Chemnitzer Bäckereiverhältnisse sei erwähnt, daß Springer (letzte Posten) in diesem Betrieb 16 ℳ, die übrigen Gesellen 17.50 ℳ Wochenlohn verdienen bei 12stündiger Arbeitszeit, die aber des Oefteren noch um 1 bis 2 Stunden täglich verlängert wird. Die außerordentliche „Liebenswürdigkeit" des Herrn besteht nun darin, daß er recht oft seinen Arbeitern gegenüber die Worte gebraucht: „Das schöne, leichte bischen Arbeit, der schöne Lohn usw." (Ob nicht diese Redensarten eher einer Verhöhnung gleichkommen, wenn man die thatsächlichen Verhältnisse in Betracht zieht?) Trifft er die Arbeiter gerade beim Essen an, so sind gewöhnlich seine Worte: „Ihr scheint viel Geld zu haben, bei Euch sieht man keine Noth, da ist nichts von schlechter Zeit zu sehen!"

Während in der Brodfabrik Schubert, hier, Ueberstunden mit 35 ₰ pro Stunde vergütet werden, glaubt Herr Seltmann schon, Zeichen seiner großen Menschenfreundlichkeit gegeben zu haben, wenn er für die Ueberstunde 25 ₰ bezahlt und die Sonntagsarbeit vergütet er garnicht, während bei Schubert die Sonnabend Abend nach 10 Uhr geleistete Arbeit als Ueberstundenarbeit bezahlt wird.

Daß in dem Betrieb Ueberstunden auf der Kalendertafel nicht vermerkt werden, diese gewissermaßen nur als Dekorationsstück in der Bäckerei hängt, sei nur nebenbei erwähnt. — Man sieht hieraus schon, wie es mit der Liebenswürdigkeit des Herrn bestellt ist und welchen Werth man seinen so geläufigen Worten beizumessen hat!

Aus Bromberg berichtet man uns: Unsere junge Mitgliedschaft hat beschlossen, eine Statistik über die Verhältnisse in den hiesigen Bäckereien aufzunehmen. Die Fragebogen sind den Kollegen zum Ausfüllen übergeben worden und werden bald alle eingelaufen sein. Die bisher ausgefüllten Bogen zeigen aber schon, welche Unmasse Uebelstände sich in den hiesigen Bäckereien vorfinden. Dies alles brachte der Kartellvorsitzende Gen. Stößel, der sich bisher unserer Kollegen in der rührigsten Weise angenommen hat und auch die Statistik zusammenstellen wird, in der Kartellversammlung am 6. Juli zur Sprache, wo beschlossen wurde, sobald das Resultat der Statistik bearbeitet ist, eine Volksversammlung einzuberufen, welcher das Ergebniß dieser Enquete unterbreitet werden soll.

Diese Beschlüsse haben natürlich unseren zünftigen Bäckermeistern eine heillose Angst eingejagt, es regt sich das böse Gewissen bei den Leuten, ein Zeichen, daß ihnen nicht unbekannt ist, daß es bisher an der nöthigen Ordnung und Sauberkeit in ihren Betrieben mangelte.

Laut Beschluß ihres Innungsvorstandes sahen sich die Herren genöthigt, auf Donnerstag, den 3. Juli, eine Versammlung einzuberufen. Die Gesellen wurden hierzu per Karte eingeladen, auf derselben war die Besprechung gewerblicher Angelegenheiten angegeben und die Herren Gesellen um pünktliches Erscheinen gebeten. Der Zweck der Versammlung bestand darin, die Gehülfen von dem Zusammenhalten im Verbande abzuwenden. Zu diesem Zwecke hatte sich ein Meister in den Besitz eines Mitgliedsbuches gesetzt, um die Statuten zu kritisiren und dadurch den Austritt der Gehülfen herbeizuführen. Der Versuch dürfte als mißglückt gelten. Der Vorstand des Verbandes war erschienen und hat sein Möglichstes gethan, um die Herren abzuführen. Einige Schwankende giebt es ja immer. Daß es den Arbeitgebern aber gelingen sollte, die Filiale des Verbandes zu zerstören, ist mit Sicherheit zu verneinen.

Die Herren Innungsgrößen sollten lieber ihre Nasen in ihre Backstuben stecken und dort für Ordnung und Sauberkeit sorgen, als daß sie ihre kostbare Zeit dazu verwenden, die Gesellen bevormunden und sie von unserem Verbande abwendig machen zu wollen! Nun, unsere dortigen Kollegen wissen nur zu gut, wie man sie bisher unterdrückt und ausgebeutet hat, daß sie sich für die Bevormundung von jener Seite bestens bedanken und ihre eigenen Wege gehen werden!

Auf dem Germania-Verbandstage in Köln a. Rh. soll die Frage des Streikabwehrfonds — der bekanntlich vom Berliner Polizeipräsidenten gesperrt ist — wahrscheinlich sehr gründlich berathen werden. Ueber einander widersprechende Anträge zu diesem Punkte sind nicht weniger als acht Referenten vorgesehen! — Folgender drolliger Antrag des Unterverbandes Mittel-Deutschland soll von Herrn Ilstadt-Mainz begründet werden: „Der Verbandstag wolle beschließen, dem Zentral-Vorstand anheim zu geben, einen tüchtigen Kollegen zu bestimmen und zu besolden, der beim Ausbruch eines Streiks sich in das Streikgebiet begiebt und im Einverständniß mit der Innung den Streik bekämpft". — **In Solingen** hat wegen **unsauberer Beschaffenheit** und sonstiger **baulicher Mißstände** die Polizei **mehrere Bäckereien geschlossen**, resp. deren Betrieb untersagt, das ist für die Innungsführer Grund genug, auch diese Angelegenheit in Köln mit auf die Tagesordnung zu setzen. — Den Vogel alles Lächerlichen schießt aber ein Antrag Schlesien ab, der von der Regierung verlangt, **unserm Verbande zu verbieten, seinen Titel weiter wie bisher zu führen**, weil er dem des Innungsverbandes ähnlich klingt!

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

In **Wiesbaden** tagte am 3. Juli die regelmäßige Mitgliederversammlung im Gasthaus „Zum Anker". Anwesend waren außer einigen lässigen Kollegen die ganze Mitgliedschaft. Die Tagesordnung war zwar nicht groß, aber um so mehr bedurfte sie einer gründlichen Berathung. Nach Eröffnung begrüßte Kollege Rummeleit die erschienenen Kollegen, hauptsächlich richtete er einige Worte an die neu eingetreten, welche ausschließlich lauter junge Kollegen sind. Kollege Rummeleit tadelte sodann das Verhalten des letzten Vorsitzenden, der ohne alles weitere und ohne einen Grund angeben zu können, seine Stelle und die Mitgliedschaft Wiesbaden verlassen hatte. Weiter wurde der Fall ordentlich kritisirt, daß die Mitgliedschaft Wiesbaden von dem Verbandsvorsitzenden in seiner Agitationsreise wieder wie vor zwei Jahren gütigst verschont geblieben ist und der damalige Vorsitzende, Kollege Riedl, auf Befragen nach dem Grund der Außerachtlassung Wiesbadens wieder mit den drei Worten (konnte nicht sein) abgespeist wurde. Selbstverständlich ist es, daß, wenn es heißt, der Hauptvorstand referirt, ein ganz anderer Zug in der Einberufung liegt. (Von dieser „Anziehungskraft" ist uns allerdings sehr wenig bekannt, da der Verbandsvorsitzende nicht nur in anderen Städten auf seiner letzten Tour, sondern auch bei früheren Gelegenheiten in Wiesbaden verhältnißmäßig schlecht besuchte Versammlungen hatte. D. Red.) Der Punkt „Vorstandswahl" wurde dadurch erledigt, daß Kollege Rumeleit wieder zum Vorsitzenden gewählt wurde. Derselbe richtete noch einige kernige Worte an die Kollegen, daß sie wieder mit neuer Kraft daran arbeiten mögen, die Mitgliedschaft wieder aus dem Sumpfe heraus zu bringen, in den sie seit der vorjährigen Lohnbewegung gerathen ist.

In Cassel war unter den Mitgliedern in letzter Zeit eine grenzenlose Lauheit eingetreten. Alle die, welche auf eine Lohnbewegung und einen Streik förmlich brannten, ließen sich dann nicht mehr in den Versamlungen sehen, als durch den Verbandsvorstand die Lohnbewegung auf später verschoben war. Damit bewiesen sie aber so richtig, wie nothwendig diese Maßregel war, denn alle diese Kollegen, die es nicht begreifen können, daß zur Zeit Maß mit Lohnbewegungen gehalten werden muß, sind auch absolut noch nicht reif, solche durchzuführen! — In der Versammlung am 3. Juli, die wieder gut besucht war, fand der Vortrag des Kollegen Hetzschold-Berlin gute Aufnahmen. Die Diskussion war eine dem Referat zustimmende, in der besonders der Vorsitzende des Schneiderverbandes die Kollegen zum Festhalten an der Organisation anfeuerte. Angeführt wurde noch, daß verschiedene Meister Schlafzimmer der Gesellen an Aftermiether vermiethen und dann ihre Gesellen wieder zu zweien ein Bett benutzen lassen. — Die Versammlung nahm einen guten Verlauf und brachte neben einer Anzahl bezahlter rückständiger Beiträge auch mehrere neue Mitglieder und so ist zu hoffen, daß auch in Zukunft wieder ein regerer Geist die Mitgliedschaft Cassel belebt.

Am 6. Juli ließ sich in der Mitgliederversammlung in Meuselwitz auch ein Kollege von Kayna als Mitglied aufnehmen; dem Kassirer wurde für erstattete Abrechnung Entlastung ertheilt und nach längerer Debatte auf Antrag des Kollegen Bachmann die Errichtung einer Bibliothek beschlossen. Sodann brachte Kollege Wiemann vor, daß er am Sonntag früh einige Bäckereien revidirt hat und in der Bergner'schen den Gehülfen noch nach 8 Uhr arbeiten sah; hierauf ging Kollege Wiemann auf die Wache und verlangte einen Schutzmann mit, hier gab man ihm aber keinen Schutzmann mit, sondern gab ihm zur Antwort: „Das wäre nur Denunziation und übrigens haben die Bäckermeister 20 Tage im Jahre frei, wo sie länger arbeiten lassen können", und damit mußte sich unser Kollege begnügen. (Anm. d. Red.: Sonderbar, daß die betreffenden Beamten die Arbeiterschutzgesetze so wenig kennen! Wohl läßt die Bundesrathsverordnung vom 4. März 1896 betr. Maximalarbeitszeit zwanzig Tage zur Ueberarbeit frei, aber hier kommt das Gesetz über die Sonntagsruhe in Betracht, welches für Sonntage solche Ausnahmen nicht gestattet. Wenn der Bäckermeister Sonntags noch nach 8 Uhr Morgens arbeiten läßt, macht er sich auf alle Fälle strafbar!)

Die Mitgliedschaft Regensburg quittirt über ℳ 5.— von der Mitgliedschaft Elberfeld, ℳ 10.— von Nürnberg und ℳ 20.— von Lübeck gesandte Streikunterstützung.

In Lübeck sprach am 10. Juli in schlecht besuchter Versammlung Hegemann-Hamburg. Nach dem Vortrag, welcher mit Beifall aufgenommen wurde, wurden mehrere neue Mitglieder für den Verband gewonnen.

In Harburg referirte am 10. Juli Kollege Allmann über das Thema: „Wodurch wird das Bäckergewerbe in vernünftiger Weise reformirt?" Da die Versammlung sich meist aus Nichtorganisirten zusammensetzte, wurden nach dem Vortrag dieselben von allen Seiten angeregt, ihre etwaige abweichende Meinung kund zu thun. Jedoch erklärten auch die Redner aus diesen Reihen, daß sie absolut nichts gegen den Vortrag haben und dem Verband nicht feindlich gesinnt sind, aber sie befürchten ihre Maßregelung seitens der Meister, sobald sie Verbandsmitglieder werden. Dem wurde von anderer Seite entgegengehalten, daß eben die Meister gar nicht erfahren brauchen, wer Mitglied des Verbandes ist. Die Versammlung verlief so in schönster Weise und wurde allseitig der Wunsch laut, daß es in Zukunft in allen Versammlungen so sachlich zugehen möge.

In Chemnitz tagte am 10. Juli im „Schützenhaus" eine von ca. 200 Gehülfen besuchte Versammlung. „Ueber Lehrlingszüchterei als Ursache des wirthschaftlichen Niederganges im Bäckergewerbe" referirte Kollege Arnold; er versuchte nachzuweisen, daß die Lehrlingszüchterei, sowie das Kost- und Logissystem die Hauptgründe des wirthschaftlichen Niederganges in unserem Berufe sind. Von Seiten der Versammlung wurde dem Referenten großer Beifall gezollt. Die Diskussion war eine recht rege. Es wurden 14 neue Mitglieder in den Verband aufgenommen.

Litterarisches.

Das Protokoll der Verhandlungen des vierten Gewerkschaftskongresses ist soeben im Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften (C. Legien) erschienen. Die Gewerkschaftsmitglieder erhalten das Protokoll zum Preise von 20 ₰ pro Exemplar, d. h. unter dem Selbstkostenpreis, jedoch nur, wenn sie es durch ihre Organisation oder durch das örtliche Gewerkschaftskartell beziehen. Im Buchhandel beträgt der Preis 1 ℳ pro Exemplar.

Eingesandt.

Agitatorisches?

Schon einige Male ist in unserer Fachzeitung das Thema: „Wie betreiben wir am Erfolgreichsten Agitation", behandelt worden. Die Artikelschreiber haben wahrscheinlich geglaubt, denjenigen Mitgliedschaften, bei denen es in Bezug der Mitgliederzahl sowohl wie der geistigen Ausbildung derselben noch recht flau aussieht, einige gute beherzigenswerthe Winke zu geben. Wenn Sie aber geglaubt haben sollten, auf die der planmäßigen Agitation so sehr bedürftigen Mitgliedschaft Dresden, welche eine Mitgliederzahl von 80—100 aufweist, also in gar keinem Verhältniß zu den hier beschäftigten rund 1000 Kollegen steht, irgend welchen Eindruck zu machen, so haben Sie sich mindestens arg getäuscht! Dresden, das Eldorado der Reinsagungs- und Verhinderungspolitik, was sich so zirzalisch gegen alles wendet, was Neueinrichtung heißt, wirft seine Verhinderungsanker allen von der Wasserlante Kommenden entgegen, ob es nun Organisation der Streikbeiträge, Erhöhung der laufenden Beiträge, Unterstützung der Gaukommission, Arbeitslosenunterstützung oder ähnliches ist. Die hier seit beinahe 3½ Jahren betriebene Propagirung der abfälligen Hauptvorstandshetze wird trotz „kombinirter Versammlung" im Planerschen Grund und Regelungssitzung in Dresden ruhig weiter betrieben. Man läßt sich nach dem gemachten Ausspruch das Maul nicht binden und „agitirt" lustig weiter. Um nun wieder einmal recht „aufklärend" und „agitatorisch" wirken zu können, hatte man sich zu der letzten Versammlung sogar einen Redner geleistet, den Herrn Reymann aus Halle. Das Referat über die deutsche Gewerkschaftsbewegung war aufgebaut, wenn auch recht ungeschickt, im Sinne der freien Vereinigung der Gewerkschaften (Vertrauensmännerzentralisation). Neben einigen radikal-sozialistischen Phrasen erreichten ein höheres Niveau die Ausführungen nicht, mit dessen Speck man — wie ein Sprichwort heißt — Mäuse zu fangen gedachte. Der Redner zog gegen die Generalkommission, den Kongreß und die Verbändlerei vom Leder. Ich will nun nicht untersuchen, was es mit dem „Bureaukratismus" der Gewerkschaften und der „Schreibstubenherrschaft" des Herrn Allmann auf sich hat; ich will auch nicht nachweisen, was es mit dem Zuge der Gewerkschaften, welcher immer mehr nach rechts gehen soll als nach links, was es mit dem angeführten Zahlenmaterial, dem Abschwenken der Kampfesorganisationen in den Unterstützungsrummel und Vernachlässigung der Streikunterstützung, der Führung von Lohnkämpfen auf sich hat. Damit nun auch die Geldverpulverung nicht fehle, wies der große Dresdener Finanzgenielkollege darauf hin, welche Unsumme zur Gründung des Reichsarbeitersekretariats verausgabt werden soll, wo wir es doch vom Staate zu verlangen haben. Wie schon bemerkt, will ich alle die Ausführungen nicht untersuchen, da doch alles nur zu sehr den Stempel persönlicher Gehässigkeit trug. Des Kindes Wille ist sein Himmelreich, aber was, zum Donnerwetter, Herr Reymann, soll diese Gehässigkeit der Dresdener Mitgliedschaft nützen? Oder ist das die Einleitung einer neuen Propaganda, deren Zug mehr nach links geht, dann möge man nur nicht allzusehr schwenken, damit man nicht schließlich auch an dem „links" vorbei kommt! Wir Dresdener sind nämlich schon längst so ein bischen mißtrauisch geworden! Warum vereinigen wir uns in einem Gewerkschaftsverband, wem gilt unser Kampf und wer ist unser Feind? Richten wir des Schwertes Spitze gegen uns selbst, oder gilt unser Kampf dem uns aussaugenden Unternehmerthum? Sind wir als Arbeiterklasse zum Klassenkampf zu erziehen, oder zur Selbstmordpolitik? Der Klassenkampf ist hier gar sehr in den Hintergrund getreten, die Vernichtungspolitik macht sich breit! Ein rückständiger unsozialer Geist leuchtet daraus warnend hervor und die Dresdener Bäckergesellen bezahlen durch solche Aussichtslosigkeit der Verbesserung ihrer ökonomischen Lage die Rechnung. Wann wird man hier endlich einsehen, daß das nicht so weiter gehen darf, daß die „berechtigte Kritik" aufhören muß! Nicht Selbstmordpolitik, nicht Lieder à la „Stille, stille, kein Geräusch gemacht" führen zum Ziel, sondern einzig und allein der feste auf ein Ziel gerichtete Blick, die Verbesserung unserer wirthschaftlichen Lage! Licht in die Köpfe, Feuer in die Herzen — sei unsere Losung! Paul Weinert-Dresden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Wo bleiben die Antworten der Mitgliedschaften, betr. Lehrlingsstatistik?

Daß die den Mitgliedschaftsvorständen in dieser Angelegenheit gestellte Aufgabe mit gutem Willen, etwas Energie und Geschick leicht auszuführen ist, beweist uns der Umstand, daß von einer Reihe Zahlstellen diese Aufgabe bereits prompt erfüllt ist. Leider versagen aber bei dieser etwas komplizirten Feststellung eine Reihe von Vorständen, die, wie wir vermuthen, diese Arbeit noch garnicht in Angriff genommen haben. Diese Aufgabe zu lösen ist aber, wie jedes Mitglied einsehen muß, so wichtig, daß es Zeit wird, mit aller Energie und überall bestrebt zu sein, uns bis 1. September genaue und vollständige Antworten einzusenden. Zahlstellen, welche dann noch nicht ihre Pflicht erfüllt haben, werden öffentlich in diesem Blatte bekannt gegeben!

Den in Konsum- und Genossenschaftsbäckereien beschäftigten Kollegen (oder, wo uns deren Adressen nicht bekannt waren, den Vorständen der betr. Mitgliedschaften) sind Fragebogen über Geschäftsumsatz, innere Einrichtung dieser Betriebe, sowie über die Arbeits- und Lohnbedingungen unserer darin beschäftigten Kollegen zugegangen.

Wir ersuchen die betr. Kollegen um genaue und vollständige Beantwortung aller darauf verzeichneten Fragen und um Einsendung der Formulare bis spätestens 1. September d. J.

In größeren derartigen Betrieben wird es sich empfehlen, daß eine Kommission von den Kollegen zur Beantwortung dieser Fragen eingesetzt wird.

Sollten die Kollegen eines derartigen Bäckereibetriebes — ganz gleich, ob sie unserem Verbande als Mitglieder angehören oder nicht — Fragebogen nicht erhalten haben, so ersuchen wir dieselben, sich sofort an den Verbandsvorstand zu wenden.

Den Gau-, sowie Mitgliedschaftsvorständen ist ebenfalls das neue Adressenverzeichniß zugegangen.

An dieser Stelle seien alle Mitglieder nochmals an ihre statutarische Pflicht erinnert, ihre Beiträge stets regelmäßig und pünktlich zu bezahlen und dieselben niemals länger als bis zu höchstens 8 Wochen aufsummen zu lassen. Größere Beitragsrückstände — wenn die Mitglieder nicht Stundung derselben rechtzeitig nachgesucht und erhalten haben — ziehen stets den Verlust der Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung oder Krankenzuschuß auf die Dauer eines vollen Jahres nach sich!

Der Verbandsvorstand. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

In der Woche vom 7. bis 13. Juli gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Für Monat Juni: Mitgliedschaft Mannheim ℳ 13.—, Eßlingen 9.50, Essen 33.10, Berlin 333.30, Kiel 65.—, Offenbach 40.70, Meuselwitz 14.60, Karlsruhe 21.80, Hildesheim 5.70, Altona 278.—, Freiburg 18.50, Plauen i. Vogtl. 18.30.

Für Mai und Juni: München ℳ 847.60, Ilmenau 16.10.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: J. F., Meckesheim ℳ 5.20; H. O., Eisenberg 4.—; C. B., Dömitz 2.—; H. S., Liebschwitz 4.80.

Von Abonnenten: Zentral-Krankenkasse, Wiesbaden ℳ 4.80.

Für Broschüren: Mitgliedschaft Altona ℳ 6.—.

Der Hauptkassirer. Fr. Friedmann.

Anzeigen.

Freiburg i. Br.

Donnerstag, 24. Juli 1902,

Oeffentliche Versammlung

im unteren Storchensaal, Schiffstraße.

Tagesordnung: 1. Zweck und Thätigkeit der Gesellenausschüsse. Referent: Kollege Sauser. 2. Arbeiter- und Unternehmerorganisation. Referent: Kollege Walter.

Die Kollegen werden dringend ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Einberufer.

Achtung!

Kombinirte Mitgliederversammlung

der Mitgliedschaften

Hamburg, Altona, Wandsbeck, Wilhelmsburg und Bergedorf

am Sonntag, 20. Juli, Nachmittags 2½ Uhr,

bei Hilmer, Gänsemarkt 35.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 2. Quartal der Mitgliedschaft Hamburg. 2. Fortsetzung der Berathung über Anstellung eines besoldeten Beamten für Hamburg und Umgegend. 3. Der Brotboykott.

ℳ 3.20] Der Vorstand der Mitgliedschaft Hamburg.

W. Marx & Co., Halle a. S.,

Ludwigstrasse

liefert **Teigtheilmaschinen** verschiedener Konstruktionen zu den billigsten Preisen.

Sauberste Arbeit! Bestes Material! Prospekte gratis!

ℳ 3.—] Vertreter und Wiederverkäufer gesucht.

Durch schnelle Abreise bin ich gezwungen, mein Brotgeschäft mit 80 Kunden außer dem Hause und gutem Ladengeschäft in guter Lage Hamburgs **sofort zu verkaufen. Preis 1200 Mk.** Freundliche Wohnung, Miethe 550 Mk. Näheres durch Herrn **Baugert**, Bäckermeister, Ecke Bartelsstraße und Schanzenstraße, St. Pauli. **Makler streng verbeten.** [ℳ 2.40

ℳ 3.60] **J. C. Meyer,**

Gastwirthschaft und Frühstückslokal

Hamburg, Neuer Steinweg 54, Ecke Hütten

empfiehlt den geehrten Bäckern sein Lokal aufs Beste.

Warme u. kalte Speisen. ff. Erbsen u. Bohnensuppe

Bäcker-Einkaufsquelle

Grösste Auswahl in neuen und getragenen **Herrenkleidern**, sowie Anfertigung nach **Maass** zu bekannt billigsten und reellsten Preisen.

J. H. Bloch,

München, Brunnstr. 3/0, im Verbandslokal.

Cafe Wittelsbach

Herzog Wilhelmstraße.

Grösster Rendezvousplatz

der

Bäcker Münchens.

Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag waren 3—400 Bäckergehülfen zu treffen. Von jetzt ab ebenfalls wieder größter

Hauptsammelplatz.

Bekannt schönes Separat-Lokal für die Bäcker steht zur Verfügung. Großer Billardsaal 2c. ff. Kaffee, Biere u. sonstige Getränke.

Zahlreichem Besuch sieht freundlichst entgegen

Franz Strobl u. Frau.

Versammlungs-Anzeiger.

Berlin. (Bezirk Norden). Mitgl.-Vers. Dienstag, 22. Juli, Nachm. 3 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11—12.

Braunschweig. Mitgl.-Vers. Mittwoch, 5. August, im „Gewerkschaftshaus", Werder 32.

Breslau. Mitgl.-Vers. Dienstag, 22. Juli, Nachmittags 4 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Zimmer 7, 1. Stock.

Cassel. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 24. Juli, bei Buchbach, Schäfergasse 14.

Chemnitz. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 24. Juli, Nachm. ½5 Uhr, in der „Stadt Meißen", Rochlitzerstr. 10.

Dresden. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 31. Juli, im Volkshaus

Düsseldorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 20. Juli, Vormittags 10½ Uhr, im Benrather Hof, Königsallee.

Essen a. d. Ruhr. Mitgl.-Vers. Sonntag, 20. Juli, Nachmittags 5 Uhr, in der „Borussia".

Freiburg i. Br. Oeffentl. Vers. Donnerstag, 24. Juli, im unteren Storchensaal.

Kiel. Oeffentl. Vers. Mittwoch, 23. Juli, Abends 7½ Uhr, bei Schröder, Am Markt. (Referent: W. Kahl-Leipzig.)

Königshütte. Mitgl.-Vers. jeden Dienstag, Nachmittags 3 Uhr, im „Deutschen Kaiser", Synagogenstr. 6.

Pl. Grund. Mitgl.-Vers. Sonntag, 27. Juli, Nachm. 3 Uhr, im „Deutschen Haus" zu Potschappel.

Plauen i. Vogtl. Mitgl.-Vers. Sonntag, 3. August, in der Königsburg.

Witten a. d. R. Mitgl.-Versamml. Sonntag, 27. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei C. Hetey, Bahnhofstr.

Wiesbaden. Oeffentl. Vers. Donnerstag, 24. Juli, Nachm. 3 Uhr, im Lokale „Drei Könige".

Dem Adressen-Verzeichniß ist nachzutragen:

Plauen i. V. Verkehrslokal „Königsburg".

Chemnitz. Verkehrslokal „Stadt Meißen", Rochlitzerstr. 10

Weilheim i. B. Verkehrslokal „Zum Neunerwirt".

Für die Redaktion verantwortlich: O. Allmann, Hamburg, Maxstraße 27. — Verlag von O. Allmann, Hamburg. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.